

Umweltrechtliche Studien
Studies on Environmental Law

53

Sarah Langstädtler

Effektiver Umweltrechtsschutz in Planungskaskaden

Untersucht für die Planungsverfahren des FStrG, NABEG
und StandAG



Nomos

Umweltrechtliche Studien
Studies on Environmental Law

Herausgegeben von / edited by
Professor Dr. Sabine Schlacke
Professor Dr. Claudio Franzius

Band 53
Volume 53

Sarah Langstädtler

Effektiver Umweltrechtsschutz in Planungskaskaden

Untersucht für die Planungsverfahren des FStrG, NABEG
und StandAG



Nomos

Das Promotionsvorhaben wurde durch das Promotionsstipendienprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7028-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-1087-9 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinem Mann Julian

Meiner Familie

Vorwort

*„Denn die Aufgabe ist erfüllt, und nun ist alles vorbei.
Ich bin froh, daß du hier bei mir bist.“*

Frodo Beutlin

in J.R.R. Tolkiens

Der Herr der Ringe, Band III, Die Rückkehr des Königs

Die Aufgabe ist erfüllt. Die Dissertation ist geschrieben, das Promotionsverfahren ist abgeschlossen. Der bisher prägendste Abschnitt meiner beruflichen Ausbildung und Laufbahn findet seinen Abschluss. Wehmut über dieses Ende und die Freude über das Erreichte kommen Hand in Hand. Und was Sie in der Hand halten ist das Ergebnis meines rund dreijährigen gedanklichen Marathons. Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2020 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurde sie geringfügig überarbeitet und Rechtsprechung sowie Literatur bis Oktober 2020 berücksichtigt.

In den Jahren 2018 und 2019 wurde ich bei meinem Promotionsvorhaben von dem Stipendienprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert, der ich für ihre finanzielle Unterstützung und die während dieser Zeit angebotenen Seminare herzlich danke.

Während meiner Promotionszeit wurde ich vor allem von vielen lieben Menschen begleitet, denen ich hiermit meinen besonderen Dank aussprechen möchte.

Zunächst danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Claudio Franzius für die ununterbrochene Begleitung, Betreuung und Motivation während des gesamten Promotionsprozesses. Für die anregenden Diskussionen, inhaltlichen Auseinandersetzungen, thematisch passend organisierten Seminare und Ausflüge sowie besonders für die konstruktive Kritik. Die Zeit bei ihm am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Verwaltungsrecht und Umweltrecht und an der Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht (FEU) an der Universität Bremen war entscheidend für den Erfolg meines Promotionsvorhabens. Eine bessere Betreuung meines akademisch größten Projektes hätte ich mir nicht wünschen können.

Ein besonderer Dank gilt auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Christoph Külpmann, Richter des 4. Senats am Bundesverwaltungsgericht und Honorarprofessor der Universität Bremen. Durch die zügige Erstellung seines Gutachtens war es möglich, das Promotionskolloquium zeitnah zur

Einreichung meiner Arbeit stattfinden zu lassen. Ich danke ihm für seine wertvollen Hinweise aus richterlicher Sicht in seinem Gutachten und die spannende Diskussion während des Promotionskolloquiums. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse waren sehr hilfreich für mich und sind Teil dieser Arbeit geworden.

Bedanken möchte ich mich zudem bei Prof. Dr. Gerd Winter, durch den ich meinen Weg in das Umweltrecht fand. Sein unermüdliches Bestreben zur Verbesserung des Umweltschutzes ist Inspiration und Motivation. Er hat mir schon früh das Vertrauen geschenkt und mich darin bestärkt, anspruchsvolle Tätigkeiten zu übernehmen. Das hat meinen Werdegang mit geprägt und ich freue mich, dass er nun zum Abschluss meines Promotionsvorhabens Teil meiner Prüfungskommission war.

Des Weiteren danke ich den Mitarbeitern der FEU, insbesondere meinen Kollegen Sebastian Gröber, Raphael Korbmacher und der guten Seele der Forschungsstelle Anna Himmelskamp für drei Jahre großartige Arbeitsatmosphäre, die gut organisierte Zusammenarbeit, die stets offenen Bürotüren sowie für die vielen unterhaltsamen Mittagspausen.

Danken möchte ich auch Rechtsanwältin Dr. Franziska Heß. Sie nahm sich vor meinem Promotionskolloquium die Zeit, um mit mir Aspekte des Rechtsschutzes im NABEG zu besprechen. Ihre Anregungen und mitgeteilten Erfahrungen aus der Praxis waren sehr hilfreich für mein Kolloquium.

Ich danke auch meiner besten Familie der Welt: Meinen Eltern Iris und Matthias, meiner Schwester Carmen und meinem Schwager Nassim für die Geduld und den guten Zuspruch in schwierigen Phasen. Für ihren Mut und ihre Begeisterungsfähigkeit, die sie an mich weitergegeben haben. Für die Ablenkung und lustigen Geschichten, wenn ich das Gefühl hatte, mein Projekt dreht sich im Kreis. Für die wunderbare Abschlussfeier, als alles geschafft war.

Nicht genug danken kann ich der einen ganz besonderen Person, die mir während des gesamten Prozesses am Nächsten war. Die immer bei mir war, ob gedanklich oder physisch. Mein wundervoller Mann Julian, der mich immer unterstützt hat, für mich da gewesen ist, mir Rückhalt gegeben hat und keinen Zweifel daran ließ, dass ich dieses Projekt erfolgreich zu Ende bringen würde. Wie froh ich wirklich bin, dass du bei mir warst und bei mir bist, kann ich nicht in Worte fassen. Danke für alles.

Bremen, Oktober 2020
Sarah Langstädtler

Inhaltsübersicht

Erster Teil: Einleitung und Grundlagen

§ 1	Einleitung	25
§ 2	Funktionen des Verwaltungsrechtsschutzes	41
§ 3	Instrumente des Verwaltungsrechtsschutzes	93
§ 4	Verwaltungsrechtsschutz beeinflussende Merkmale in Planungskaskaden	167

Zweiter Teil: Ausgewählte Planungskaskaden

§ 5	Bundesfernstraßenplanung	217
§ 6	Höchstspannungsleitungsplanung	259
§ 7	Endlagerstandortplanung für hoch radioaktive Abfälle	305

Dritter Teil: Rechtsschutzmodelle in den Planungskaskaden

§ 8	Rechtsschutz in der Bundesfernstraßenplanung	333
§ 9	Rechtsschutz in der Höchstspannungsleitungsplanung	385

Inhaltsübersicht

§ 10 Rechtsschutz in der Endlagerstandortplanung für hochradioaktive Abfälle	427
--	-----

Vierter Teil: Effektiver Umweltrechtsschutz in den Planungskaskaden

§ 11 Bewertung der Rechtsschutzmodelle	459
--	-----

§ 12 Einräumung eines effektiven Umweltrechtsschutzes	519
---	-----

§ 13 Gesamtfazit und Ausblick	547
-------------------------------	-----

Literaturverzeichnis	553
----------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einleitung und Grundlagen

§ 1 Einleitung	25
A. Problembeschreibung	27
I. Phasenspezifischer versus konzentrierter Rechtsschutz	27
II. Subjektiver Rechtsschutz und objektive Rechtskontrolle	29
III. Phasenspezifischer und konzentrierter Rechtsschutz in konkreten Planungskaskaden	33
B. Forschungsvorhaben und These	37
§ 2 Funktionen des Verwaltungsrechtsschutzes	41
A. Kontrollfunktionen	42
I. Abgrenzung als gegenseitiger Ausschluss der Kontrollfunktionen?	45
II. Symbiose der Kontrollfunktionen	51
B. Subjektive Rechtsschutzfunktion	51
I. Schutz „eigener Rechte“	52
1. „Eigene Rechte“ als subjektiv-öffentliche Rechte	56
2. „Eigene Rechte“ unter unionsrechtlichem Einfluss	63
3. „Eigene Rechte“ unter völkerrechtlichem Einfluss	66
4. Rechtsverletzung und Betroffenheit	67
II. Effektivität des subjektiven Rechtsschutzes	68
1. Aus Verfassungsrecht	68
2. Aus Unionsrecht	71
3. Aus Völkerrecht	73
III. Zulässigkeit weiterer Kontrollfunktionen	74
C. Objektive Kontroll- und Rechtsdurchsetzungsfunktion	75
I. Objektive Kontrollfunktion	77
II. Objektive Rechtsdurchsetzungsfunktion	79
1. Für Verfassungsrecht	80
2. Für Unionsrecht	81
3. Für Völkerrecht	84

D. Grenzen kombinierter Kontrollfunktionen	86
E. Effektiver Umweltrechtsschutz und die Funktionen des Verwaltungsrechtsschutzes	89
F. Zwischenfazit	91
§ 3 Instrumente des Verwaltungsrechtsschutzes	93
A. Subjektive Individualklage	94
B. Objektive Verbandsklage	95
I. Einführung der Verbandsklage im Naturschutz- und Umweltrecht	97
II. Erweiterungen aufgrund der Aarhus-Konvention	98
III. Erweiterungen durch die Rechtsprechung	102
C. Klagebefugnis	105
I. Verletzung eigener Rechte	105
1. Abwägungsgebot	107
2. Eigentumsfreiheit	108
3. Nationales Umweltrecht	109
4. Unionsumweltrecht	110
5. Effektiver Rechtsschutz	118
6. Prokuratorische Rechte	121
7. Verfahrensrechte	125
8. Beteiligungsrechte in Umweltprüfungen	128
II. Präklusion	131
III. Soweit gesetzlich etwas anderes bestimmt ist	133
1. FFH- und Vogelschutz	135
2. UVP-pflichtige Vorhaben	138
3. SUP-pflichtige Pläne und Programme	141
D. Kontrollumfang	146
I. Gesetzliche Anforderungen	146
1. Individualklage	146
2. Verbandsklage	153
II. Reduzierter Kontrollumfang	155
E. Kontrolldichte	157
I. Verfassungsrechtliche Eigenständigkeit der Verwaltung	157
II. Reduzierte Kontrolldichte	159
F. Zwischenfazit	164

§ 4 Verwaltungsrechtsschutz beeinflussende Merkmale in Planungskaskaden	167
A. Bindungswirkung von Vorstufenentscheidungen	167
I. Bindungswirkung	168
II. „Verdienen“ der Bindungswirkung	168
III. Betroffenheit durch Bindungswirkung	172
1. Unmittelbaren Betroffenheit durch Bindungswirkung	172
2. Unmittelbare Betroffenheit nur in eigenen Rechten	178
3. Rechtsschutz außerhalb des Art. 19 Abs. 4 GG	179
IV. Durchschlagen eines Fehlers	180
B. Fehlerheilung	181
I. Fehlerheilung im Verwaltungsverfahren	182
II. Fehlerheilung im Gerichtsverfahren	183
III. Fehlerheilung durch Entscheidungsergänzung und ergänzendes Verfahren	185
IV. Fehlerheilung bei gebundenen Entscheidungen	191
C. Umweltprüfungen	191
I. Abschichtende SUP und UVP	191
1. Beschränkung des Untersuchungsrahmens	192
2. Aktualität	193
3. Doppelte Rechtskraft	195
II. Präklusion	195
III. Fehlerheilung	196
D. Öffentlichkeitsbeteiligung	199
I. Zweck	199
II. Varianten	202
III. Präklusion	203
IV. Justiziabilität von Fehlern	203
1. Öffentlichkeitsbeteiligung als Verfahrensrecht	203
2. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	204
3. Fehlerheilung	207
E. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	208
I. Verwaltungsakte	208
II. Vorstufenentscheidungen und Vorstufenumweltprüfungen	209
III. Nach ergänzendem Verfahren	211
F. Zwischenfazit	213

Zweiter Teil: Ausgewählte Planungskaskaden

§ 5 Bundesfernstraßenplanung	217
A. Bedarfsplanung	217
I. Verfahren	218
1. Zuständigkeit und Aufstellung eines Bundesverkehrswegeplans	218
2. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	219
3. Zuständigkeit und Aufstellung des Bedarfsplans	219
4. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	220
5. Veröffentlichung im Gesetzblatt	221
6. Bindungswirkung	221
II. Materielle Anforderungen	222
1. Abwägungsgebot	222
2. Verhältnismäßigkeitsgebot	223
3. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere	223
B. Linienbestimmung	224
I. Verfahren	225
1. Zuständigkeit	225
2. Vorbereitung	225
3. Raumordnungsverfahren	226
4. UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung	226
5. FFH-Verträglichkeitsprüfung	228
6. Zuleitung der Unterlagen an das BMVI	229
7. Entscheidung	229
8. Bindungswirkung	230
II. Materielle Anforderungen	232
1. Bindung an die Bedarfsplanung	233
2. Abwägungsgebot	233
3. Raumverträglichkeit	235
4. Ergebnis des Raumordnungsverfahrens	236
5. Umweltverträglichkeit	236
6. FFH-Verträglichkeit	237
7. Artenschutz	238
8. Naturschutz	240
9. Gewässerschutz	241
10. Sonstige Belange	242

C. Planfeststellung	242
I. Verfahren	243
1. Zuständigkeit	244
2. Planaufstellung	244
3. Einreichen des Plans	245
4. UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung	245
5. FFH-Verträglichkeitsprüfung	247
6. Anhörungsverfahren und Erörterungstermin	248
7. Beschlussverfahren	249
8. Wasserrechtliche Genehmigung	250
II. Materielle Anforderungen	250
1. Planrechtfertigungsgebot	251
2. Bindung an die Linienbestimmung	252
3. Planungsleitsätze und Optimierungsgebote	253
4. Abwägungsgebot	254
5. Umweltverträglichkeit	256
6. FFH-Verträglichkeit	256
7. Artenschutz	257
8. Naturschutz	257
9. Sonstige Belange	258
D. Zwischenfazit	258
§ 6 Höchstspannungsleitungsplanung	259
A. Bedarfsplanung	261
I. Verfahren	262
1. Zuständigkeit	262
2. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	262
3. Abweichungsbefugnis	263
4. Veröffentlichung im Gesetzblatt	264
5. Bindungswirkung	264
II. Materielle Anforderungen	264
1. Abwägungsgebot	265
2. Verhältnismäßigkeitsgebot	265
3. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere	266
4. Bedarfsplanung auf europäischer Ebene	266
B. Bundesfachplanung	267
I. Verfahren	269
1. Zuständigkeit	269
2. Raumordnungsverfahren	270

3. Dialogveranstaltungen	270
4. Antragstellung (§ 6-Unterlagen)	270
5. Antragskonferenz	271
6. Einreichung weiterer Unterlagen (§ 8-Unterlagen)	272
7. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	273
8. FFH-Verträglichkeitsprüfung	274
9. Erörterungstermin	274
10. Entscheidung	275
11. Bindungswirkung	275
12. Veränderungssperre	276
II. Materielle Anforderungen	277
1. Bindung an den Bundesbedarfsplan	278
2. Erdkabelvorrang und Geradlinigkeit	278
3. Abwägungsgebot	279
4. Raumverträglichkeit	280
5. Umweltverträglichkeit	281
6. FFH-Verträglichkeit	281
7. Artenschutz	282
8. Naturschutz	283
9. Gewässerschutz	284
10. Immissionsschutz	284
11. Sonstige Belange	285
C. Planfeststellung	285
I. Verfahren	286
1. Zuständigkeit	287
2. Antrag auf Planfeststellung (§ 19-Unterlagen)	287
3. Antragskonferenz	288
4. Einreichung weiterer Unterlagen (§ 21-Unterlagen)	289
5. UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung	289
6. FFH-Verträglichkeitsprüfung	291
7. Anhörungsverfahren und Erörterungstermin	291
8. Beschlussverfahren	292
9. Wasserrechtliche Genehmigung	292
II. Materielle Anforderungen	292
1. Planrechtfertigungsgebot	293
2. Bindung an die Bundesfachplanung und Fehlerbehebung	293
3. Keine Präklusion	296
4. Planungsleitsätze und Optimierungsgebote	298
5. Abwägungsgebot	300

6. Raumverträglichkeit	301
7. Umweltverträglichkeit	301
8. FFH-Verträglichkeit	302
9. Artenschutz	302
10. Naturschutz	303
D. Zwischenfazit	303
§ 7 Endlagerstandortplanung für hoch radioaktive Abfälle	305
A. Festlegung von Standortregionen für die übertägige Erkundung	307
I. Verfahren	307
1. Identifizierung von Teilgebieten	307
2. Öffentlichkeitsbeteiligung in Fachkonferenzen Teilgebiete	307
3. Vorläufige Sicherheitsuntersuchung und Ermittlung von Standortregionen	308
4. Öffentlichkeitsbeteiligung in Regionalkonferenzen	308
5. Öffentlichkeitsbeteiligung im Stellungnahmeverfahren und in Erörterungsterminen	309
6. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	309
7. FFH-Verträglichkeitsprüfung	310
8. Entscheidung über übertägige Erkundung und Erkundungsprogramme	310
9. Bindungswirkung	312
II. Materielle Anforderungen	312
1. Ausschlusskriterien	313
2. Mindestanforderungen	313
3. Geowissenschaftliche Abwägung	314
4. Planungswissenschaftliche Abwägung	314
5. Sicherheitsanforderungen	314
6. Raumverträglichkeit	314
7. Umweltverträglichkeit	315
8. Anforderungen des sonstigen Fachrechts	315
B. Festlegung von Standorten für die untertägige Erkundung	316
I. Verfahren	316
1. Vorläufige Sicherheitsuntersuchung und Ermittlung von Standorten	316
2. Öffentlichkeitsbeteiligung in Regionalkonferenzen	317
3. Öffentlichkeitsbeteiligung im Stellungnahmeverfahren und in Erörterungsterminen	317

4. SUP und Öffentlichkeitsbeteiligung	318
5. FFH-Verträglichkeitsprüfung	318
6. Feststellungsbescheid	319
7. Entscheidung über untertägige Erkundung und Erkundungsprogramme	320
8. Bindungswirkung	321
II. Materielle Anforderungen	321
1. Anforderungen des StandAG	321
2. Anforderungen des sonstigen Fachrechts	322
C. Standortentscheidung mit „bestmöglicher Sicherheit“	322
I. Verfahren	322
1. Vorläufige Sicherheitsuntersuchung und Ermittlung des Standorts mit „bestmöglicher Sicherheit“	322
2. Öffentlichkeitsbeteiligung in Regionalkonferenzen	323
3. Öffentlichkeitsbeteiligung im Stellungnahmeverfahren und in Erörterungsterminen	323
4. UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung	324
5. FFH-Verträglichkeitsprüfung	325
6. Feststellungsbescheid	325
7. Entscheidung über Standort	325
8. Bindungswirkung	326
II. Materielle Anforderungen	328
1. Anforderungen des StandAG	328
2. Anforderungen des sonstigen Fachrechts	329
D. Zwischenfazit	330

Dritter Teil: Rechtsschutzmodelle in den Planungskaskaden

§ 8 Rechtsschutz in der Bundesfernstraßenplanung	333
A. Konzentriertes Rechtsschutzmodell	333
I. Entscheidung des Gesetzgebers	334
II. Bewertung durch die Rechtsprechung	339
III. Kritik der Literatur	345
IV. Zwischenfazit	357
B. Klagegegenstand und Klageart	357
C. Klagebefugnis	359
I. Individualklage	360
II. Verbandsklage	362

D. Kontrollumfang	362
I. Individualklage	364
II. Verbandsklage	367
III. Inzidentprüfung der Bedarfsplanung	367
IV. Inzidentprüfung der Linienbestimmung	370
1. Übertragung von Fehlern	371
2. Verfahrensfehler	373
3. Materielle Fehler	377
4. Heilung	379
E. Kontrolldichte	380
F. Zwischenfazit	382
§ 9 Rechtsschutz in der Höchstspannungsleitungsplanung	385
A. Konzentriertes Rechtsschutzmodell	385
I. Entscheidung des Gesetzgebers	388
II. Bewertung durch die Rechtsprechung	390
III. Ansichten der Literatur	391
1. Individualklage	393
2. Verbandsklage	401
IV. Zwischenfazit	404
B. Klagegegenstand und Klageart	405
C. Klagebefugnis	406
I. Individualklage	407
II. Verbandsklage	408
D. Kontrollumfang	409
I. Individualklage	411
II. Verbandsklage	412
III. Inzidentprüfung der Bedarfsplanung	413
IV. Inzidentprüfung der Bundesfachplanung	414
1. Übertragung von Fehlern	414
2. Verfahrensfehler	416
3. Materielle Fehler	420
4. Heilung	421
E. Kontrolldichte	424
F. Zwischenfazit	424

§ 10 Rechtsschutz in der Endlagerstandortplanung für hoch radioaktive Abfälle	427
A. Phasenspezifisches Rechtsschutzmodell	427
I. Entscheidung des Gesetzgebers	429
II. Bewertung durch die Rechtsprechung	432
III. Ansichten der Literatur	432
B. Klagegegenstand und Klageart	438
C. Klagebefugnis	439
I. Individualklage	441
II. Verbandsklage	443
D. Kontrollumfang	443
I. Verfahrensfehler	446
II. Materielle Fehler	448
III. Heilung	449
E. Kontrolldichte	452
F. Zwischenfazit	454

Vierter Teil: Effektiver Umweltschutz in den Planungskaskaden

§ 11 Bewertung der Rechtsschutzmodelle	459
A. Konzentriertes Rechtsschutzmodell in der Bundesfernstraßenplanung	459
I. Bindungswirkung der Linienbestimmung	460
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	460
2. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	462
II. Fehlerheilung	464
III. Umweltprüfungen	465
IV. Öffentlichkeitsbeteiligung	468
V. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	471
VI. Zwischenfazit	473
B. Konzentriertes Rechtsschutzmodell in der Höchstspannungsleitungsplanung	474
I. Bindungswirkung der Bundesfachplanung	474
1. Ohne vorgezogenen Rechtsschutz keine „verdiente“ Bindungswirkung	475
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben	476

3. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	479
II. Fehlerheilung	482
1. Nachgeholte Öffentlichkeitsbeteiligung	483
2. Doppelte Rechtskraft	484
III. Umweltprüfungen	485
1. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	486
2. Schlechterstellung des Individualklägers	487
3. Rügefähige Fehler der SUP und Fehlerheilung	489
4. Materielle Präklusion	490
5. Durchschlagen des Fehlers der SUP	491
6. Zwischenfazit	492
IV. Öffentlichkeitsbeteiligung	492
V. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	495
VI. Zwischenfazit	501
C. Phasenspezifisches Rechtsschutzmodell in der Standortplanung für ein atomares Endlager	502
I. Bindungswirkung	503
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	504
2. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	505
II. Fehlerheilung	508
III. Umweltprüfungen	508
1. SUP-pflichtige zweite Planungsphase	509
2. UVP-pflichtige dritte Planungsphase	511
IV. Öffentlichkeitsbeteiligung	512
V. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	514
VI. Zwischenfazit	515
D. Folgerungen	516
§ 12 Einräumung eines effektiven Umweltrechtsschutzes	519
A. Phasenspezifischer Rechtsschutz	519
I. De lege lata	519
1. Keine Möglichkeit zur Beibehaltung des konzentrierten Rechtsschutzes?	521
2. Auslegung der „eigenen Rechte“	523
3. Individualkläger	524
4. Verbandskläger	527
II. De lege ferenda: StandAG als Vorbild für das NABEG	530
III. Gesetzgeberische Motivation am Beispiel des MgvG	533

Inhaltsverzeichnis

B. Abweichungsbefugnis	538
I. De lege lata	539
II. De lege ferenda: FStrG als Vorbild für das NABEG	541
III. Gesetzgeberische Motivation	543
C. Verzicht auf die Bundesfachplanung	544
§ 13 Gesamtfazit und Ausblick	547
Literaturverzeichnis	553